

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

5.2.1930 (No. 31)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 955
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einjährl. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühren: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreier Rabatt, der als Rabatrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, unangewiesener Bezahlung, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verpätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die neue französische Sozialversicherung

Inkrafttreten am 5. Februar

W.D. Paris, 5. Febr. (Tel.). Der Senat hat am Dienstag einen Gesetzentwurf angenommen, durch den gewisse Bestimmungen der bisher geltenden Sozialversicherungsvorschriften abgeändert werden. Die wichtigste Neuregelung geht dahin, daß vom 1. Februar d. J. an sämtliche Arbeitgeber verpflichtet sind, ihre Angestellten und Arbeiter mit einem Einkommen bis zu 15 000 Francs zur Sozialversicherung anzumelden. Durch Dekret soll später festgelegt werden, von welchem Zeitpunkt an die Versicherungen rückwirkend sein werden.

In Elsaß-Lothringen ist die Sozialversicherung, die das Deutsche Reich seit dem Jahre 1883 geschaffen und ausgebaut hat, auch nach der Abtretung dieses Reichslandes an Frankreich in Kraft geblieben. Dadurch ist Frankreich veranlaßt worden, für seinen gesamten Bereich eine ähnliche soziale Fürsorge einzuführen, und zwar durch Gesetz vom 5. April 1928, das am 5. Februar 1930 in Kraft treten wird. Die neue französische Sozialversicherung umfaßt — ähnlich wie die deutsche Versicherung — Krankheit, vorzeitige Invalidität, Alter, Tod, Schwangerschaft und Arbeitslosigkeit. Versichert werden alle Arbeitnehmer, deren Jahresarbeitsverdienst 15 000 Fr. (etwa 2500 M.) nicht übersteigt. Für Versicherte mit unterhaltsbedürftigen Kindern erhöht sich die Versicherungsgrenze, und zwar um 3000 Fr. für das erste und um 2000 Fr. für jedes weitere Kind. In der Krankenversicherung werden als Sachleistungen gewährt ärztliche Hilfe, Arznei und Heilmittel sowie Krankenhausbearbeitung an Versicherte, Ehegatten und nicht in einem Lohnverhältnis stehende Kinder unter 16 Jahren für längstens sechs Monate. Bei Arbeitsunfähigkeit wird vom sechsten — im Deutschen Reich spätestens vom dritten — Tage nach Beginn der Krankheit an gleichfalls für längstens sechs Monate ein Krankengeld im halben Betrage des täglichen Durchschnittsverdienstes bezahlt. Um eine übermäßige Inanspruchnahme der Leistungen zu vermeiden, bestimmt das Gesetz, daß sich die Versicherten an den Arztkosten mit 15 bis 20 v. H., an den Arznei- und Heilmitteln mit 15 v. H. beteiligen müssen.

Die Mittel für die gesamte Sozialversicherung werden durch einen Beitrag von 10 v. H. des Lohnes bestritten, der je zur Hälfte von den Versicherten und den Arbeitgebern zu tragen ist. Dabei bleibt der 15 000 Fr. übersteigende Jahresarbeitsverdienst außer Betracht. Schätzungsweise ergibt sich hieraus ein Gesamtaufwand für die französische Sozialversicherung von rund 4,5 Milliarden Fr. (etwa 750 Millionen M.) jährlich. (Die deutsche Sozialversicherung erfordert demgegenüber weit mehr als 5 Milliarden Reichsmark.)

Das englische Arbeitslosenversicherungsgesetz
W.D. London, 5. Febr. (Tel.). Im Unterhaus brachte gestern Premierminister MacDonald den Vermittlungsantrag ein, die Gültigkeitsdauer des Arbeitslosenversicherungsgesetzes auf drei Jahre festzusetzen. Er erklärte, das Oberhaus habe mit seinem Vorschlag, die Gültigkeit des Gesetzes auf ein Jahr zu beschränken, einen Eingriff in die Privilegien des Unterhauses begangen. Wenn die Regierung die Vorlage fallen ließe, um ihr nach drei Sessionen gemäß der Parlamentarische ohne Rücksicht auf die Haltung der Lords Gültigkeit zu verschaffen, dann würde der Arbeitslosenfonds völlig erschöpft sein und die Arbeitslosen würden der Armenunterstützung zur Last fallen. Der Antrag der Regierung wurde schließlich einstimmig angenommen und die Vorlage geht jetzt in der neuen Form an das Oberhaus zurück.

Hitler und Südtirol

Nahm er faschistisches Geld?
Vor etwa einem Jahre hatten Hitler in München verschiedene Politiker angeklagt, die im Reichstagswahlkampf Behauptungen sich zu eigen gemacht hätten, die Preisgabe Südtirols in den politischen Wankreden Hitlers hätte damit zusammen, daß Hitler faschistisches Geld erhalte. Da ein juristischer Wahrheitsbeweis nicht geführt werden konnte, so wurden die Beschlagen im Mai vorigen Jahres wegen übler Nachrede zu Geldstrafen von 800 bis 1000 M. verurteilt. Alle Beteiligten haben Verurteilung eingelegt. In der Verhandlung zweiter Instanz, die am Dienstag begann, erklärte Adolf Hitler, niemals habe er „von Juden, Ausländern oder unter bestimmten Bedingungen Geld für sich oder seine Bewegung genommen“.

W.D. München, 5. Febr. (Tel.). In der Verurteilungsverhandlung im Verleumdungsprozeß Hitler-Graefe stellte der Verteidiger der drei sozialdemokratischen Angeklagten einen vom Gericht teilweise zugelassenen Weisungsantrag, wonach im Oktober 1928 der italienische Hauptmann Migliorati als Abgesandter des italienischen Faschismus sich an den völkischen Journalisten Werner Abel gemeldet und später bei einer Zusammenkunft mit Hitler italienische Unterstützung unter der Bedingung angeboten habe, daß das Eintreten für die Deutschen in Südtirol aufgegeben werde. Diese Bedingung sei angenommen worden, und Migliorati habe 10 000 Goldmark in Schatzanweisungen übergeben. Migliorati habe dann der Nachrichtenstelle von Koenig vor dem Putsch noch mindestens 50 000 Goldmark zugesandt. Diese Angaben wurden von dem Zeugen Werner Abel, Berlin, bestätigt.

Der Vertreter des Klägers Hitler stellte darauf einen Auslegungsantrag. Er sei in der Lage, die Aussage Abels durch andere Zeugen als unwahr festzustellen. Abel sei ein vielfach vorbestrafter Mensch, der gerichtlich als geistig minderwertig festgestellt worden sei.

Letzte Nachrichten

Annahme des Haager Abkommens im Reichsrat

Die deutsche Reparationsschuld
B.D. Berlin, 5. Febr. (Tel.). In der heutigen Vollversammlung des Reichsrates beschäftigte sich dieser mit den Ergebnissen der Haager Konferenz.

Der Generaldirektor, Ministerialdirektor Dr. Vredt, stellte fest, daß der Durchschnittswert der Annuitäten nach dem neuen Plan einschließlich der Zahlungen an die Vereinigten Staaten ohne die Dawesanleihe für die ersten 37 Jahre 1922,7 Millionen (für die ganze Zeit 1 887 Mill.) beträgt, also mit der Dawesanleihe etwas unter 2 Milliarden Reichsmark. Die Entlastung für 1929 beträgt, wenn man die Zahlungen an Belgien und den einmaligen Beitrag für die Kommissionen berücksichtigt, 618,3 Millionen, für 1930 685,1 Millionen Reichsmark. Der Wert der neuen Reparationsschuld berechnet sich auf rund 34 Milliarden Reichsmark zu 5 1/2 Prozent. Man kann nicht statt dessen die Annuitäten einfach addieren und sagen, daß unsere Schuld 100 Milliarden beträgt. Die jetzige Bemessung der Schuld erinnert an das Angebot der Regierung Fehrenbach-Simons im April 1921 in London, das auf 50 Milliarden Goldmark abzüglich der bisherigen deutschen Vorleistungen ging, wobei nach deutscher Rechnung eine Schuld von etwa 30 Milliarden Gegenwärtswert übrig geblieben wäre. Die Gläubigermächte wiesen damals dieses Angebot, man kann wohl sagen, mit Spott und Spitz zurück, und verlangten statt dessen 132 Milliarden Goldmark in Annuitäten, die ab 1929 5 Milliarden und ab 1932 6 Milliarden betragen sollten. Das Nein der damaligen deutschen Regierung beantworteten sie mit der Befehung weiterer deutscher Städte. Erst auf dem Umweg über die Erfüllungspolitik gelang es allmählich, der Welt die Grenzen des Möglichen etwas mehr zum Bewußtsein zu bringen.

Das Haager Abkommen wurde mit 48 gegen 6 Stimmen (Sachsen, Brandenburg, Niederschlesien und Pommern) bei 12 Enthaltungen (Bayern und Mecklenburg-Schwerin) angenommen.

Das Sanktionsrecht Frankreichs

Eine angebliche Neuerung Lardieus
W. Berlin, 5. Februar (Priv.-Tel.). Eine Äußerung des französischen Ministerpräsidenten Lardieu, die das „Echo de Paris“ wiedergibt — er soll gesagt haben, daß im Falle eines deutschen Verzweckens der Haager Vereinbarungen auch der Einmarsch in deutsches Gebiet möglich wäre — hat in politischen Kreisen Berlins starkes Versehen hervorgerufen. Die Autentizität dieses Ausspruchs ist allerdings noch nicht festgestellt. Nach den Haager Vereinbarungen sind nur diejenigen Repressalien zulässig, die das Völkerrecht gestattet, also lediglich solche finanzieller und wirtschaftlicher Natur, in erster Linie Beschlagnahmungen. Auch französische Völkerrechtslehrer haben diesen Standpunkt vertreten, der übrigens auch im Habascommuniqué seinen Niederschlag gefunden hat. Es dürften voraussichtlich schon in den nächsten Tagen in Paris Schritte unternommen werden, um die Äußerung des französischen Ministerpräsidenten klarzustellen.

Die Saarverhandlungen

M. Berlin, 5. Febr. (Priv.-Tel.). In Mitteilungen in der Presse, über ein Stöcken der Saarverhandlungen erfahren wir, daß dieser Ausdruck nicht zutrifft. Deutschland hat ein Memorandum in Paris überreicht, in dem im einzelnen dargelegt wird, wie wir uns die Entwicklung denken, und dieses Memorandum unterliegt zur Zeit der Prüfung durch Unterausschüsse, die eingesetzt worden sind.

Das Republikshutzgesetz

B.D. Berlin, 5. Febr. (Tel.). Im Strafrechtsausschuß des Reichstages wurde am Mittwoch das Republikshutzgesetz in zweiter Lesung im wesentlichen nach den Beschlüssen erster Lesung angenommen.

Um den Panzerkreuzer „B“

M. Berlin, 5. Febr. (Priv.-Tel.). In der heutigen Kabinettssitzung, die am Vormittag begonnen hat, wird auch die Frage des Panzerkreuzers „B“ eine Rolle spielen. Der Reichswehrminister besteht unter allen Umständen darauf, in den Etat eine Rate theoretischer Art einzustellen. Dafür ist der Betrag von 100 000 M. genannt worden. Die Sozialdemokraten lehnen das aber mit aller Entschiedenheit ab, während der Reichsfinanzminister schon vor einiger Zeit gewisse Zugeständnisse gemacht hat. Man spricht von der Möglichkeit, die Sozialdemokraten umzustimmen, dadurch daß man ihnen gewisse Angebote auf sozialem Gebiet macht, doch erscheint es zweifelhaft, ob sie annehmen.

Küßling der Amerikaner aus Haiti. Präsident Hoover gab bekannt, daß er unzugänglich einen Ausbruch erkennen werde, der die Frage zu prüfen habe, wann die amerikanischen Truppen und Behörden aus Haiti zurückgezogen werden sollen.

Youngplan und Steuerreform

Die heutige Sitzung des Reichskabinetts

Dem Reichskabinetts wird in seiner heutigen Sitzung noch nicht der fertige Entwurf des Reichshaushaltsplanes für 1930 vorliegen; es wird vielmehr nur im Anschluß an Darlegungen des Reichsfinanzministers Dr. Moldenbauer über die grundsätzliche Gestaltung des Etats einschließlich der dazu gehörigen Steuererlasse zur Vorbereitung der Besprechungen mit den Parteiführern über den gleichen Gegenstand beraten.

Die mit der Annahme der Haager Abkommen notwendig werdenden Younggesetze werden dem Reichstag in fünf Gesetzentwürfen unterbreitet werden. Die Vorlagen umfassen:
1. den Youngplan bzw. das Haager Abkommen,
2. das neue Reichsbankgesetz,
3. das neue Reichsbahngesetz,
4. das deutsch-amerikanische Sonderabkommen,
5. sämtliche Liquidationsabkommen einschließlich des deutsch-polnischen Abkommens.

Das Abkommen mit Polen

Das Abkommen mit Polen hat seinen Ursprung im Abschnitt 9 des Youngplanes, der die Liquidierung der Vergangenheit empfiehlt. Indem die Reichsregierung die Verhandlungen mit Polen vom Haag abgetrennt hat, hat sie erreicht, daß wir keinen Generalverzicht aussprechen mußten. Auf diese Weise ist es auch gelungen, die Gegenleistungen und die Verbesserungen gegenüber dem Youngplan zu erzielen. Im wesentlichen handelt es sich dabei um folgende drei Punkte:
1. Die Freigabe der bisher zur Liquidation gestellten Güter. Hier ist es gelungen, festzulegen, daß Anwesen, die am 1. September 1929 noch in der Hand ihrer Besitzer waren, erhalten bleiben. 2. Die Abrechnung über die beiderseitigen Staatsforderungen. Die Polen fordern vor allem Erstattung der Rücklagen aus der Sozialversicherung in dem abgetrennten Oberschlesien. Die deutschen Forderungen beziehen sich auf die Abfertigungskosten. Die Hauptforderungen von beiden Seiten umfassen finanzielle Abgeltungen in Polen und Westpreußen. Insgesamt beliefen sich die deutschen Forderungen auf 538,7 Millionen, die polnischen auf etwa 830 Millionen Reichsmark, freilich mit recht ungleichem inneren Wert. Beide Teile haben auf diese Privatforderungen verzichten müssen. 3. Das Wiederkaufrischt. Polen hat nun künftige auf die Geltendmachung des Wiederkaufrischts verzichtet. Die Reserven, die Polen eingeschaltet hat, sind vor allem schlechte Bewirtschaftung und Vergehen und Verbrechen. Darunter sind nur solche gegen den Staat, wie Fahnenflucht u. dgl. zu verstehen. Der Reichstag wird die Abkommen mit Polen und die eigentlichen Younggesetze in getrennter Abstimmung zu erledigen haben. Dabei ist nach Ansicht maßgebender Stellen aber nicht zu übersehen, daß die Annahme auch der Polenabkommen eine der Voraussetzungen für die Inkraftsetzung des Youngplanes ist.

Das geänderte Reichsbankgesetz

Die Ernennung des Reichsbankpräsidenten

Die „Voss. Zig.“ veröffentlicht einen Auszug aus der Begründung zu der Änderung des Reichsbankgesetzes, in der auch Stellung genommen wird zur Ernennung des Reichsbankpräsidenten und des Generalrats der Reichsbank. In dieser Begründung heißt es u. a.:

Die Wahl des Präsidenten durch den Generalrat war beizubehalten, wobei dem Reichsbankdirektorium entsprechend seiner förmlichen Verfassung das Recht, vorher gehört zu werden, neu zu gestalten worden ist. Ebenso erfolgt auch weiterhin die Ernennung der Mitglieder des Reichsbankdirektoriums nach Zustimmung des Generalrats durch den Präsidenten.

Bei voller Wahrung des Grundprinzips der Unabhängigkeit der Reichsbank erschien es jedoch angebracht, das bisherige beschränkte Bestätigungsrecht des Reichspräsidenten bei der Ernennung des Reichsbankpräsidenten in ein echtes Bestätigungsrecht umzuwandeln. Ebenso ist die Bestellung der Mitglieder des Reichsbankdirektoriums fortan von der Bestätigung durch den Reichspräsidenten abhängig gemacht worden. Auf demselben Erwägungen beruht der Zusatz, wonach die Abberufung des Präsidenten oder eines Mitgliedes des Direktoriums der Bestätigung durch den Reichspräsidenten bedarf.

Während die schon bisher für eine Zuwahl oder Ergänzung des Reichsbankdirektoriums durch Wahl eines neuen Kandidaten erforderliche Zustimmung des Reichsbankdirektoriums auf Grund eines einfachen Mehrheitsbeschlusses erteilt oder verweigert werden konnte, soll jetzt die Zustimmung nur dann als verweigert gelten, wenn zwei Drittel der Mitglieder gegen den zu Wählenden gestimmt haben.

Die neue Bestimmung, wonach eine Fühlungnahme des Vorsitzenden des Generalrats oder seines Stellvertreters mit der Reichsregierung über die vom Generalrat für die Wahl in Aussicht genommenen Mitglieder vorgesehen ist, bezweckt, der Reichsregierung die Möglichkeit zur Stellungnahme und zur Äußerung etwaiger Wünsche über die Stellenbesetzung zu geben.

Der neue Gewinnverteilungsschlüssel

Wie seit längerer Zeit bekannt ist, besteht die Absicht, die gegenwärtigen, für das Reich sehr ungünstigen Gewinnverteilungsbestimmungen des Reichsbankgesetzes gelegentlich der Anpassung des letzteren an den Youngplan abzuändern.

Die Vorseherstellung des Reiches ist in der Weise in Aussicht genommen, daß nach Ausschüttung einer Mindestdividende von 8 Prozent an die Anteilseigner der Gewinnverteilungsschlüssel dergestalt abgeändert wird, daß von den ersten 25 Millionen Reichsmark das Reich 75 Prozent, die Anteilseigner 25 Prozent, von den

nächsten 20 Millionen Reichsmark das Reich 90 Prozent, die Anteilseigner 10 Prozent, und von dem dann noch etwa verbleibenden Nettobetrag das Reich 95 Prozent und die Anteilseigner 5 Prozent erhalten.

Im den Anteilseignern für diese neue Regelung eine angemessene Gegenleistung zu bieten, ist in Aussicht genommen, ihnen in der diesjährigen Generalversammlung folgende Regelung vorzuschlagen:

Den Anteilseignern wird auf je 4 Altanteile zu je 100 Reichsmark ein Gratisbezugsrecht auf eine Golddiskontantaktie zu 10 Pfund, gleich 200 Reichsmark, und einen neuen Reichsbantanteil zu 100 Reichsmark gewährt. Das Kapital der Deutschen Golddiskontantbank wird vorher von der Reichsbank aus ihren Reserven voll gezahlt, so daß sie künftig über ein Aktientkapital von 200 Millionen Reichsmark und über Reserven von rund 50 Millionen Reichsmark verfügt.

Bei der Golddiskontantbank, die also in Zukunft eine selbständige Bank mit dem besonderen Zweck der Exportfinanzierung wird, ist mit einer Dividende von mindestens 5 Prozent für das erste Geschäftsjahr zu rechnen. Die Reichsbank wird ihre 12prozentige Dividende auch in Zukunft aufrechterhalten können, auch wenn sie ihr Kapital von 120 auf 150 Millionen Reichsmark im Zusammenhang mit der Bezugsrechtgewährung erhöht. Der Kurswert eines Reichsbantanteiles berechnet die Reichsbank auf Grund der vorgeschlagenen Regelung mit 200 Prozent.

Vom Rastatter Bauerntag

Über den Verlauf des 4. Mittelbadischen Bauerntags in Rastatt am Sonntag, den 26. Januar, geht uns noch folgender Stimmungsbericht zu:

Die meisten sind erst am Sonntagmittag in die Stadt gefahren, jeder im Feiertagsanzug und mit sonniger Stimmung. In großen Scharen kommen sie daher und gegen 2 Uhr betreten alle die neue Halle, die prunklos als schöner Zweckbau sich wölbt. Vieles in der Stadt gefällt den Bauern nicht, aber dieser lichte Grobraum, durch dessen hohe Fenster die Sonne hereinstrahlt, beweist ihnen, daß wenigstens einige Städte das natürliche Empfinden wiedergefunden haben. 1500 Männer sind jetzt versammelt, von jedem Alter und so gar recht viele junge. Die braungebrannten Gesichter sind gespannt, denn unter so viel Menschen ist man nicht jeden Tag. Alle sitzen an Tischen, auf denen die Biergläser stehen. Vorne im Saal ist der lange Quertisch für die Führer, Beamten und Ehrenäste, denen eine beinahe scheue Achtung entgegengebracht wird. Da fragte z. B. ein Bauer, als einer von denen des Vorstandes vorbeikommt, welche „hochgestellte Persönlichkeit“ das sei. Natürlich haben diese Menschen hier auch ein Selbstbewußtsein ihrer Eigenart und wie stark sie den Unterschied zum norddeutschen Großgrundbesitzer fühlen, geht daraus hervor, daß einer leise sagte, als von der Verschuldung die Rede war: „Die sollen halt nicht so viel an die Riviera fahren!“

Der Bauernführer ruft in den Saal hinein und bringt durch kräftige Worte die Masse zu einheitlichem Willen. Die Aufmerksamkeit aller vermehrt seinen Mut; in dieser Stunde soll ja die Macht des Landvolkes gefestigt werden!

Der Geldbetrieb der Industriestädte hat das Land draußen verarmt und seine Menschen geraut, ohne das Leben zu sichern. Deshalb wollen die Bauern ihre Stellung im Wirtschaftskampf durch gute Führer verbessern. Sogar der Reichsminister ist gekommen und spricht zu den Versammelten des Bezirks. Was er in der politischen Arbeit in Berlin erreicht hat, trägt er hier offen vor; da er selbst ein Gutsbesitzer ist, kennt er die Sachen genau und hat sofort das Vertrauen seiner Landsleute. Sie nehmen seine wichtigen Mitteilungen über Produktion und Absatz, Zollfragen und Steuern, diplomatische Verhandlungen und Reichstagsnotizen mit Interesse auf und denken darüber nach. Mit ihnen allen beratschlagt er, in welchem Maß die bäuerlichen Produkte in der Volkswirtschaft zur Geltung kommen sollen. Nach ihm verjußt ein verdienstvoller Mann für das Genossenschaftswesen zu werden, durch das die Landwirtschaft sich am erfolgreichsten hilft. Dann ist eine kurze Pause, und nun hat der Bauer selbst das Wort: Diskussion! Die Spannung der Masse wird noch größer, denn jedes Wort ist für alle gesprochen. Sehr viele kleine Sorgen werden geäußert, aber gerade dieses Aussprechen eigener Wünsche im eigenen Dialekt beweist die Echtheit dieser Aussprache über Pferdeweiden, Schnapsbrennen, ausländische Produkte usw. Doch die Bauern haben noch mehr als private Sorgen. Mehrfach wird von ihnen über die „Geldverschwendung der Regierenden“ geklagt, die hohen Gehälter auf den hohen Posten erregen ihr Mißtrauen. Auch hier ant-

wortet ihnen der Minister und warnt sie davor, zu glauben, daß alle diese Gelder „verlumpt“ werden. Aber im Grunde muß er ihnen in manchem recht geben. Hier hat das Landvolk gesprochen. Öffentlich haben seine Führer die Kraft, auch den andern Volksschichten dieses Bauerntum verständlich zu machen.

Das Münchener Roggenbrot

über dessen Einführung durch die dortige Bäckerinnung wir berichteten, wird als ein durchschlagender Erfolg bezeichnet. Die Janung teilt der Presse u. a. mit: „Das Landbrot (Bauernbrot) mit der blauen ovalen Siegelmarke der Bäckerinnung München hat einen durchschlagenden Erfolg zu verzeichnen. Die Konsumenten haben dieser durchgreifenden Roggenbrotaktion volles Verständnis entgegengebracht. Der Verband bayerischer Handelsmüller hat sich der Bäckerinnung München gegenüber verpflichtet, ebenfalls garantiert reines Roggenmehl unter Kontrolle herzustellen und seine Abnehmer zu verpflichten, nur die aus badienischen Gründen erforderlichen 5 Proz. Weizenmehl beizumengen, um dem Brot bessere Lockerung zu geben. Um eine Gleichmäßigkeit dieser Roggenbrote mit der Innungssiegelmarke zu gewährleisten, ist ein Kontrollsystem eingeführt vom Müller bis zum Bäcker. Die Janung München glaubt, der notleidenden deutschen Landwirtschaft geholfen zu haben, zumal dieses Münchener Vorgehen in ganz Deutschland reges Interesse erweckt. Wir verdanken es der Münchener Bevölkerung, daß das kräftige, gesunde, deutsche Roggenbrot wieder Volksnahrung geworden ist.“

Vergleich zwischen Kirche und Staat in Anhalt

Zwischen der evangelisch-unierten anhaltischen Landeskirche und dem anhaltischen Staat ist ein endgültiger Vergleich vereinbart worden, der nach der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften bedarf. Danach bezahlt der Staat der Kirche rückwirkend ab 1. April 1924 eine dauernde Rente von 300 000 Reichsmark jährlich; der Staat zahlt ferner vom gleichen Zeitpunkt an die Witwenrentenbeiträge für die im Amt und Ruhestand befindlichen Geistlichen und übernimmt die Versorgung der Altweibchen und Altwaisen. Für alle dabei entstehenden Rückstände vergütet der Staat 40 000 M. Die Rückstände des Staates an die Kirche, die 760 000 M. betragen, werden in mehreren Raten bezahlt.

Schober bei Mussolini

Mussolini empfing Dienstag nachmittag in Rom den österreichischen Bundeskanzler Schober und hatte eine 1½stündige Unterredung mit ihm. Der Bundeskanzler sprach der italienischen Regierung herzlichsten Dank für die von ihr Österreich auf der Saager Konferenz gewährte Unterstützung aus und überreichte Mussolini den Großorden mit goldenem Stern, des Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich. Im Verlaufe der Besprechung wurde beschlossen, die Unterzeichnung des italienisch-österreichischen Freundschafts- und Schiedsvertrages am Donnerstag vorzunehmen.

W.B. Rom, 5. Febr. (Tel.) Zur Ankunft des Bundeskanzlers Schober bringen die Blätter Begrüßungsartikel, in denen die freundliche Stimmung Italiens gegenüber Österreich hervorgehoben wird. Der Mailänder „Popolo Italia“ schreibt: Die Ehrenbezeugungen Roms für Schober sind als Ehrenbezeugungen für das neue Österreich aufzufassen, das sich gegen die rote Welle gehalten hat, und allen denen, die die Provinz und die Hauptstadt gegen die Auflösung verteidigt haben. Die kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Italien und Österreich können einen großen Aufschwung nehmen.

Der bairische Abgeordnete Streicher war vom Schwurgericht Nürnberg zu zwei, und der Schriftleiter des nationalsozialistischen „Stürmer“, Karl Holz, in Nürnberg zu drei Monaten Gefängnis, beide wegen Religionsvergehens, verurteilt worden. Der „Stürmer“ hatte feinerzeit im Zusammenhang mit der Morbaffäre Husmann-Daube behauptet, es handele sich wahrscheinlich wieder um einen jüdischen Mordmord. Das Reichsgericht bestätigte das Urteil.

Der Fall Antipow. Nach dem „Matin“ hat der Sowjetbotschafter in Paris einen Bericht über die Angelegenheit Antipow nach Moskau geschickt. In diesem Bericht erwähnt er, daß in Paris eine große Aufregung herrsche und daß es unter diesen Umständen besser wäre, wenn er auf drei Monate Frankreich verlasse.

Das Theater im Dienste der Hygiene

„Dlaf“

Eine Sportlertragödie von Laslowitz

Dlaf ist der Name eines Dramas, das im Februar in allen badienischen Städten von einer besonderen auswärtigen Künstlertruppe aufgeführt werden soll. Dlaf ist schon weit über 900mal mit großem Erfolg über die Bretter gegangen. Das Stück Dlaf führte in Berlin zu einem solchen Massenandrang, daß Polizei eingreifen mußte, um den Verkehr zu regeln. Man sprach von einem „Sturm auf Dlaf“.

Dlaf ist eine Tragödie, die Tragödie eines Sportlers, der an den schweren Folgen eines Augenblinks der Selbstvergeßlichkeit zugrunde geht.

Der Badische Landesverband zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten läßt im Verein mit der Landesversicherungsanstalt Baden das Stück über die Bühne gehen, in weitestgehendem Maße unterstützt vom badischen Ministerium des Inneren, von der Geistlichkeit, von den Leitern der Unterrichtsanstalten, von den Sportvereinen und den Krankenkassen.

Das Theaterstück Dlaf hat sich als ein wirksames Kampfmittel gegen die Volksseuche der Geschlechtskrankheiten bewährt, jene Seuche, die schon so viel Unglück über den einzelnen, die Familie, die Gemeinde, den Staat und das Volksganze gebracht hat. Diese Seuche bedeutet eine ungeheure Vergewaltigung von Mensch und Menschenglück, sie belastet den einzelnen und die Allgemeinheit, die Krankenkassen und die Landesversicherungsanstalten wirtschaftlich ungeheuer. Jeden einzelnen Steuerzahler belastet sie mit den unabsehbaren Kosten für Renten- und Irrenanstalten. Sie öffnet häufig den Weg des Abtriebs, des Glucks, des Verbrechens.

In erster Linie besteht der Kampf in ärztlicher Behandlung der Erkrankten, die zum Arzt kommen. Ihre Behandlung erreicht nicht nur Heilung des einzelnen, sondern auch Ausschaltung von Krankheitsquellen. Entziehen sich die Kranken infolge von Leichtsinne oder bösem Willen der Behandlung, so werden sie der Beratungsstelle gemeldet, die sie ihrem Arzt wieder zuführt.

Dieser Plan des Kampfes ist im Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten festgelegt. Aber noch ein Zweites fordert das Gesetz, das ist die Belehrung, die Aufklärung des Kranken in erster Linie durch den behandelnden Arzt. Diese Belehrung und Aufklärung hat sich vor allem die Deutsche

Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zum Ziel gesetzt, in Baden ihr Badischer Landesverband.

Die Belehrung und Aufklärung bedeutet Warnung vor Gefahr. Um einer Gefahr begegnen zu können, muß man sie kennen. Die frühere Art des Totschweigens ist verfallen.

Nicht nur an die Männer wendet sich die Belehrung, sondern auch an die Frauen. Seit Einführung des Frauenstimmrechts hat die Frau die Pflicht, in dieser wichtigen Frage klar zu sehen. Sie hat diese Pflicht aber nicht nur als Staatsbürgerin, sie hat sie ebenso als Mutter, dem Elternhaus wird in erster Linie die Belehrung und Aufklärung der heranwachsenden Jugend zufallen. Selten aber zeigt sich das Elternhaus dieser Aufgabe gewachsen, und zwar um so seltener, je weniger die Eltern selbst aufgeklärt worden sind. Da muß denn auch wieder die Schule helfend einspringen. Um das aber zu können, muß zunächst die Lehrerschaft ihrer Aufgabe Interesse und Verständnis entgegenbringen.

Das Theaterstück „Dlaf“ von Laslowitz, das hier dem Unterrichtsministerium und zahlreichen anderen maßgebenden Stellen zur Prüfung vorgelegen hat, ist bereit geschickt abgefaßt, daß es die reife Jugend stark zum Nachdenken anregt, daß es jedem Lehrer, Erzieher und Freund der Jugend Wertvolles bietet. Seine Handlung ist spannend, sein Inhalt festsetzt bis zum Falten des Vorhangs stark.

Dr. von Bezold, Karlsruhe.

Historiker Friedrich Rodt. Im Alter von 71 Jahren starb in Freiburg der Historiker und Privatgelehrte Dr. Friedrich Rodt, bekannt durch seine vielen heimatländlichen Schriften und Vorträge im Landesverein „Badische Heimat“ und Weisgau-Verein „Schauinsland“. Der Verstorbene war, bevor er nach Freiburg kam, über 20 Jahre Vertreter der „Kölnischen Zeitung“ in Rom. Seine zahlreichen Aufsätze und Abhandlungen über Kunst und Leben in Rom und Italien haben viele Tausende erfreut. Da sie aber meist nur mit einem redaktionellen Zeichen, einem Kleebild, versehen waren, blieb der Verfasser leider manchem Leser unbekannt. Sein Lebenswerk war: das Deutschtum in Rom seit Ausgang des Mittelalters.

Ausgrabung in England. „Daily Chronicle“ zufolge ist beschlossen worden, die Ruinen von Verulam auszugraben. Verulam war bereits vor der Landung Julius Cäsars eine große Stadt Britanniens. Die Ausgrabungen sollen zu Anfang des Sommers beginnen und werden mehrere Jahre dauern. Man verspricht sich von ihrem Ergebnis wertvolle Aufschlüsse über die britannische Kultur vor 2000 Jahren.

Konzerne und Interessengemeinschaften in Baden

B.A. Nach vorläufigen Feststellungen des Badischen Statistischen Landesamts wurden zu Anfang des Jahres 1929 insgesamt rund 200 Konzerne und Interessengemeinschaften ermittelt, die mit der badischen Wirtschaft mehr oder weniger in Verbindung stehen. Die Zahl der von diesen Konzernen und Interessengemeinschaften abhängigen Betriebe mit dem Sitz in Baden betrug etwa 550, die der darin beschäftigten Personen rund 80 000.

Von der Gesamtzahl der badischen Konzernbetriebe gehört mehr als die Hälfte (etwa 280) mit 70 000 beschäftigten Personen der Industrie an, d. h. 5 v. H. aller badischen Industriebetriebe mit 11 und mehr beschäftigten Personen und rund 20 v. H. aller darin beschäftigten Personen. Die andere Hälfte der badischen Konzernbetriebe sind Handels- und Verkehrsbetriebe, in denen etwa 10 000 Personen beschäftigt werden. Demnach sind bei einer Gesamtzahl von 47 119 badischen Handels- und Verkehrsbetrieben einschließlich der Betriebe im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe und im Theatergewerbe mit insgesamt 139 389 Personen nur 0,8 v. H. aller Betriebe und 6,5 v. H. aller beschäftigten Personen von Konzernen abhängig.

Die weitaus überwiegende Zahl der ermittelten Konzerne und Interessengemeinschaften sind Zusammenschlüsse in der Industrie (rund 150). Von ihnen entfallen 40 auf die Metall- und Maschinenindustrie. Den Konzernen dieser Gewerbegruppe sind 90 badische Betriebe mit rund 29 000 Personen angeschlossen. Die mit der Metall- und Maschinenindustrie verwandte Gewerbegruppe elektrotechnische und feimechanische Industrie weist 15 Konzerne mit rund 50 badischen Betrieben auf, in denen insgesamt etwa 7500 Personen beschäftigt werden. Ebenfalls stark konzerngebunden ist die badische Textilindustrie. Nach den vorläufigen Ermittlungen betrug die Zahl der Textilkonzerne 13, denen 32 badische Betriebe mit rund 10 000 Personen angehören. In der Nahrungs- und Genussmittelindustrie wurden 21 Konzerne mit 60 badischen Betrieben und rund 6000 Personen festgestellt.

150 Konzerne, denen 384 badische Betriebe mit zusammen rund 50 000 beschäftigten Personen angegliedert sind, haben ihren Sitz außerhalb Badens. Mehr als zwei Drittel dieser Konzerne (110 mit 230 badischen Betrieben und rund 43 000 Personen), sind der Industrie zuzugleichen.

Die Zahl der Konzerne mit dem Sitz in Baden beträgt 40 mit 160 badischen Betrieben und etwa 26 000 Personen. Die übrigen (15) Zusammenschlüsse sind Interessengemeinschaften, denen 27 badische Betriebe mit rund 6000 Personen angehören.

Das Jahr 1929 hat im Bestand der Konzerne manche Änderungen gebracht, von denen auch die badische Industrie und der badische Handel berührt wurde. Im März des Jahres brach der Riesenkonzern zusammen, ihm folgte der Zusammenbruch des großen Versicherungskonzerns der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-A.G., durch den verschiedene badische Konzernbetriebe genötigt waren, sich anderen Versicherungskonzernen anzuschließen. Ferner erfolgte in der Mitte des Jahres die Fusion des Badischen und Rheinischen Schiffahrtskonzerns mit dem Deutschen Rheinschiffahrtskonzern, im Bankgewerbe fusionierten kurze Zeit später die Konzerne Diskonto-Gesellschaft und Deutsche Bank. In der badischen Industrie treten neu auf u. a. die Konzerne Gebrüder Schöndorff-Düsseldorf, Hochstiefel- & Co.-Eisen, Neumtsma-Bayreuth, Standard-Elektrizitätsgesellschaft (S.E.G.)-Berlin, ein französischer Textilindustriekonzern u. a.

Kurze Nachrichten

Den Vorsitz der demokratischen Fraktion im Württembergischen Landtag hat Oberbürgermeister Scheef, Tübingen, niedergelegt. Abg. Scheef war ein Gegner des Eintritts der Demokraten in die württembergische Regierung.

Die ersten Auswanderer in Brasilien. In Rio de Janeiro ist der erste Transport von 190 deutschrussischen Auswanderern, der am 16. Januar Hamburg verlassen hatte, eingetroffen. Sie wollen sich im Staate Parana in Südbrazilien ansiedeln.

Ein sowjetrussisches Dementi. Die Telegraphenagentur der Sowjetunion teilt mit: Die Meldung der „Daily Mail“ von der Erschießung einiger hundert zaristischer Offiziere in der Sowjetunion ist lachhaft wie alle derartigen Meldungen der Rigaer Weißgardistenpresse.

Neu neuer englischer Flugzeuge. In Ergänzung ihrer Meldungen über den Bau von militärischen Flugbooten berichtet „Morningpost“, daß auch neue Transportflugzeuge im Bau sind, die 2400 Kilometer ohne Zwischenlandung zurücklegen können. Ferner befinden sich bei der Fa. Handley-Page Personenverkehrsflugzeuge für je 40 Personen im Bau.

Unanimus Rückkehr aus dem Exil. Wie aus Denbade gemeldet wird, ist Prof. Dr. Unamuno davon in Kenntnis gesetzt worden, daß er nach Spanien zurückkehren und sein Lehramt an der Universität Salamanca wieder aufnehmen könne. Unamuno befindet sich seit Errichtung der Diktatur in Frankreich.

Dammbruch in der Grenzmark

W.B. Flawo, 5. Febr. (Tel.) In der Rüdow, dem Grenzfluß zwischen den Kreisen Flawo und Deutsch-Krone, brach bei dem Dorfe Straßforth in der vergangenen Nacht der Damm des an der Überlandzentrale Kommern für das Elektrizitätswerk Fiederborn erbauten Staubeckens. Die Wassermassen strömten mit unheimlicher Gewalt die Rüdow hinab und überfluteten das Dorf Straßforth. Etwa 3 Millionen Kubikmeter Wasser strömten in der Richtung auf das eine halbe Stunde entfernte Hauptort und setzten dieses 4 Meter tief unter Wasser. Der Schaden, den die Wassermassen angerichtet haben, ist ungeheuer. Das Dorf wurde von den Wassermassen eingeschlossen. An manchen Stellen ist Vieh ertrunken. Menschenleben sind bis jetzt nicht zu beklagen.

Zu der von uns gemeldeten Kinderentführung aus Hohenbudenstedt (Kreis Salzwedel) wird noch gemeldet, daß sich die fünf Kinder des Gutsbesizers Komasa in dem kommunikativen Jugendheim „Auhmühle“ im Kreise Wittlich aufhalten sollen. An der Entführung, die auf Anstiften der Mutter geschah, soll ein Kommunist aus Salzwedel beteiligt sein.

Im Prozeß wegen der Durchstechereien im Insterburger Zucht- haus wurde der ehemalige Gärtner Gabicht wegen Verletzung, Urkundenfälschung und Betrug zu 12 Jahren Zuchthaus und 2500 M. Geldstrafe verurteilt. 6 Beamte des Zuchthaus erhielten wegen Beihilfe und passiver Beteiligung zusammen 28 Monate Gefängnis. Gabicht hat in Zuchthaus, wo er 15 Jahre zu verbüßen hatte, große Durchstechereien finanziert, die ihm ein angenehmes Leben ermöglichten.

Nach einer Meldung aus Mexiko haben Diebe die Aztekenpyramide von Cholula im Staate Puebla erlöset und von dem Marienbildnis die goldene Krone, die Juwelen und Gewänder sowie den Jesusknaben des von Cortez aufgestellten Marienstandbildes gestohlen.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Die 21. Plenarsitzung am 6. Februar

Hat folgende Tagesordnung:

1. Bekanntgabe der Eingänge.
2. Beantwortung kurzer Anfragen.
3. Mündliche Berichte des Haushaltsausschusses und Beratung über den **Staatsvoranschlag** für die Rechnungsjahre 1930 und 1931, und zwar Hauptabtl. III: Ministerium des Innern sowie die einschlägigen Anträge und Gesetze, und damit in Verbindung: Mündliche Berichte des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung und Beratung über a) die Denkschrift des Ministers des Innern, landwirtschaftliche Bodenbesitzverhältnisse in Baden, Berichterstatter Abg. Haas; b) die Mitteilung des Ministers vom 23. Dezember 1929, mit Übersichten über die Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte, Berichterstatter Abg. Dr. Hoffmann; c) die Anträge der Abg. 1. Dr. Schmitt-Henner u. Gen., die kommunalen Betriebe der sieben größten Städte Badens, 2. Dr. Schmitt-Henner u. Gen., Schutz des landwirtschaftlichen und gewerblichen Mittelstandes, hier die Ausdehnung der gewerblichen Betätigung der Gemeinden, 3. Dr. Schmitt-Henner u. Gen., Hausbesitz der sieben größten Städte Badens, 4. Dr. Schmitt-Henner u. Gen., Einführung der Arbeitsdienstpflicht für die männliche Jugend, 5. Dr. Schmitt-Henner u. Gen., Überhandnehmen von Warenhäusern, Berichterstatter Abg. Dr. Neßbach, 6. Dr. Schmitt-Henner u. Gen., Zulassung der häuslichen weiblichen Jugend zu den landwirtschaftlichen Winterkursen, 7. Hilbert u. Gen., Reichsmilchgesetz, 8. Enald u. Gen., Verbot des Fastnachtsummensens sowie die einschlägigen Gesetze, 9. Bod u. Gen., Verbot der Erstellung von Baracken und Eisenbahnwagen für Wohnzwecke, 10. Dr. Kaufmann u. Gen., Führerschein für Kraftfahrer; d) die einschlägigen Gesetze.
4. Begründung und Beantwortung der förmlichen Anfragen der Abg. 1. Merk u. Gen., Notlage des besetzten Gebiets, 2. Köppler u. Gen., Ausbreitung der Warenhäuser, 3. Dr. Föhr u. Gen., Notlage der Holzwirtschaft im oberbadischen Grenzgebiet, 4. Menck u. Gen., Schutz der älteren Angestellten, 5. Maier u. Gen., Personalabbau im Berggewerbe, 6. Böning u. Gen., Unterhaltungen des Gemeinderedners in Wärsch, 7. Roßch u. Gen., Wirtschaftsnot des Viehwirtschafters, 8. Roßch u. Gen., Wirtschaftsnot des Viehwirtschafters, 9. Roßch u. Gen., Wirtschaftsnot des Viehwirtschafters, 10. Roßch u. Gen., Wirtschaftsnot des Viehwirtschafters.

Der Haushaltsausschuss

beschäftigte sich am Dienstag mit dem **Voranschlag des Innenministeriums**, und zwar mit Kapitel **Bezirksverwaltung**. In diesem Zusammenhang wurde von liberaler Seite ein Antrag auf Unterjochung der Gründe für die hohen Gemeindefinanzierungen gestellt. Schließlich kam ein von Zentrum und Sozialdemokratie gefellter Antrag auf Ausarbeitung einer Denkschrift seitens des Innenministers für diese Materie zur Annahme. — Ein Zentrumsantrag erhebt Bedenken gegen Filmvorführungen auf dem Lande über die Geschlechtskrankheiten. Ferner wurde gesprochen über Mißbräuche auf dem Gebiete der Wandererfürsorge.

Ein Beihilfegesuch der Gemeinde St. Blasien zum Bau eines Augenklinikatoriums wurde der Regierung zur Kenntnis weitergegeben.

Am Titel I des außerordentlichen Haushalts: Aufwendungen für den Geschäftsverkehr wurden von dem im Voranschlag vorgesehene 150 000 M. Subventionen 20 000 M. getrichen. Zurückgestellt wurde der Punkt: Umbau reichsweiser Wohnhäuser zu einem Dienstgebäude für das Bezirksamt Kehl und vorläufig getrichen.

Die Beratungen über Kapitel **Post- und Gendarmerei** werden heute fortgesetzt.

Aus dem Rechtspflegeausschuss

Die Gemeinden **Limbach** und **Kittersbach** ersuchen um Abänderung des **Stammgutübertragungsgesetzes**. Veranlaßt wurden sie durch den Verkauf von Stammgütern seitens des Fürsten von Leiningen an die evangel. Kirchenverwaltung zu diesem Gesetz. Auf Antrag des Berichterstatters wurde das Gesetz durch empfehlende Überweisung an die Regierung entschieden. Die Regierung soll gebeten werden, bei der E. B. darauf hinzuwirken, die betreffenden Güter käuflich zu überlassen.

Ein Zentrumsantrag auf Einführung des **Gastpflichtverpflichtungswanges** für Führerscheininhaber von Kraftfahrzeugen wurde einstimmig angenommen. Die Unfallziffer betrug 1926 2409, stieg im Jahre 1927 auf 3751 und im Jahre 1928 auf 5886.

Ein Antrag des **Revisionsverbandes gewerblicher Genossenschaften** in Baden wendet sich gegen die Veranziehung zu Handelskammerbeiträgen. Der Ausschuss beschließt Überweisung an die Regierung.

Der Ausschuss beschäftigte sich sodann mit einer Regierungsübersicht über die finanzielle Auswirkung der Tätigkeit der **Schlichtungsausschüsse**. Die weitaus umfangreichste Tätigkeit entwickelten die Bezirksrichtungs- und Schlichtungsausschüsse im Jahre 1928. Prozentual sehr gering war die Anrufung des Landesrichtungs- und Schlichtungsausschusses. Da wegen der Schwierigkeit der Materie man zu einer bestimmten Auffassung nicht gelangen konnte, beschloß der Ausschuss, die Materie in die Beratung der Fraktionen zurückzuverweisen.

Demonstrationsverbot im Bezirk Forzheim

Der Bezirksrat Forzheim hat im Hinblick auf die politischen Zusammenhänge und Schlägereien, die in den letzten Tagen in Forzheim und in Dietlingen stattgefunden haben, Anträge sowie Versammlungen unter freiem Himmel, in der Stadt Forzheim sowie im ganzen Bezirk bis auf weiteres verboten. Vereinsgesellschaften mit kirchlichem, ohne politischen Charakter, sind von dem Verbot ausgeschlossen. Das Verbot stützt sich auf Bestimmungen der Reichsverfassung und des K. G. B.

Aus den Parteien

Der **Landesausschuss der Deutschnationalen Volkspartei** nahm in seiner Sitzung am 2. Februar in Karlsruhe eine Entscheidung an, in der sich der Landesverband geschlossen hinter den Parteivorstand, **Dr. Eugen Berg**, stellt.

Der **Berliner Oberbürgermeisterposten**. Der Mannheimer Oberbürgermeister, **Dr. Heimerich**, der in letzter Zeit im Zusammenhang mit dem Berliner Oberbürgermeister genannt wurde, erklärt in einer Zuschrift an die „Neue Bad. Landeszeitung“, er beabsichtige keinesfalls, eine etwa in Frage kommende Kandidatur für die Berliner Oberbürgermeisterstelle anzunehmen.

Vergütungssteuer für die Erwerbslosen. Der Gemeinderat **Reuß** bei Schwetzingen hat beschloßen, für die diesjährigen Fastnachtsveranstaltungen eine Vergütungssteuer in Höhe von 50 Reichsmark für Mastenbälle und in Höhe von 25 Reichsmark für Kappenabende ohne Tanzunterhaltung zu erheben. Der Erlös dieser Sondersteuer wird dann an die Erwerbslosen und Ausgeschiedenen zur Verteilung gelangen.

Fahrplanbesprechungen in Billingen

Schwarzwaldbahn, Hochschwarzwald, Süllental

Auf Einladung der Handelskammer Billingen traten am Dienstag in längerer Beratung die Interessenten des Gebietes aus dem Bereich der Schwarzwaldbahn des Hochschwarzwaldes und der Süllentalbahn zur Besprechung der wichtigen Fahrplanfragen zusammen.

Die Besprechungen erfolgten im einzelnen auf Grund von Berichten der Herren **Homburg**, **Trüben**, über die Arbeiten der Verkehrsvereine Schwarzwaldbahn-Bodensee-Oberrhein in Fahrplanfragen und über die schon erreichten guten Erfolge, sowie Bürgermeister **Fischer**, **Donauerschingen**, für die Verkehrsvereine für Süllental-Donau-München. In beiden Fällen wurden die großen wichtigen internationalen Belange hervorgehoben, um die sich heute die engeren Bedürfnisse gruppieren. Die Stärke der Zusammenarbeit mit den gemeinschaftlich interessierten Schweizer Nachbarn wurde betont, die gute Frucht zeitige und die Pflege der Aussprachen erwähnt.

Neben den großen Fragen wurden dann auch die engeren behandelt, die die Schaffung besserer Früh- und Spätzüge auf der Schwarzwaldbahn zwischen Anfangs- und Endpunkten, die Ausdehnung der Bodenseebahn zwischen Schwarzwald und Bodensee, die Pflege der Schwefelverbindungen Freiburg-Schwarzwald-Stutgart, die Verbesserungen zwischen Singzigal und Schwarzwald usw., weiter die Frage der Speisewagen auf Schwarzwaldbahn und Süllentalbahn, die direkten Wagen auf beiden Strecken über lange Entfernungen, Ausdehnung einzelner Verkehrszeiten von Saisonzügen und ähnliches mehr, so auch die Triebwagenfrage und reaktionelle Fahrplanfragen.

Beschloßen wurde weiter auf Anregung der Handelskammer, die Besprechungen zwar unbedingt aufrecht zu erhalten, aber sie ertragreicher für die Erzielung und Durchführbarkeit von Wünschen dadurch zu gestalten, daß sie ganz erheblich früher, und zwar schon immer auf **Mitte Juni** gelegt werden sollen. Es wird dadurch möglich, in allen großen Fragen, die fast ein Jahr vorher schon bearbeitet werden müssen, das Material den Verwaltungen rechtzeitig vorzuliegen und damit auf die Fahrplangestaltung mehr Beachtung zu sichern, als bei den späteren Besprechungen aus rein zeitlichen Gründen nach der bisherigen Einteilung möglich war.

Aus der badischen Landwirtschaft

Für eine **badische Gartenbauhochschule**. Auf einer Generalversammlung des Verbandes badischer Gartenbaubetriebe, Bezirk Heidelberg, Eberbach, Mosbach, wurde in Heidelberg die Frage der Errichtung einer Gartenbauhochschule erörtert. An den Landesverband wurde ein Antrag weitergegeben, worin dieser aufgeführt wird, bei der badischen Regierung dafür einzutreten, daß auch in Baden eine Gartenbauhochschule gegründet werde, um zu vermeiden, daß weiterhin unsere heranwachsenden Gärtner zur theoretischen Ausbildung in außerbadische überfüllte Lehranstalten eintreten müssen. Als geeigneten Platz für die Errichtung einer badischen Gärtnerlehranstalt wird Heidelberg oder seine nächste Umgebung angeprochen.

Wanderermeßkurs des Badischen Molkereiverbandes. In der Zeit vom 22. bis 25. Januar 1930 veranstaltete der Badische Molkereiverband e. V., Karlsruhe, in der Gemeinde **Reichelsdorf** (A. Kehl) einen Meßkurs und damit den 1. Wanderermeßkurs in Baden, mit dem Zweck der Anleitung zum richtigen Melken und sachgemäßen Milchgewinnung und Behandlung schon am Ort der Erzeugung. 24 Teilnehmer im Alter von 17 bis 30 Jahren beteiligten sich an dem Kurs, und zwar 16 Jungbäuerinnen und 8 Jungbäuerinnen. An den Vorträgen in den Abendstunden beteiligten sich in starker Zahl die Mitglieder der Molkereigenossenschaft Reichelsdorf, besonders auch die Frauen. Damit hat der Badische Molkereiverband einen Weg und ein Aufgabengebiet neu beschritten, der sicherlich von den besten Auswirkungen auf die Güte der Milch und ihren Erzeugnissen sein wird.

Die **Notlage der Tabakpflanzler**. Die Tabake der drei Qualitätsbauvereine in Reilingen sind nunmehr reiflos zur Verwertung gelangt. Die Pflanzler mußten sich mit Preisen zufrieden geben, die zu den Erzeugerkosten in keinem Verhältnis stehen. Die Bad. Landwirtschaftskammer hat diese unerschuldeten Verluste der hiesigen Tabakbaugemeinde auf etwa 50 000 Reichsmark geschätzt.

Tagungen

Der **Badische Gastwirterverband** wird am 20. und 21. Mai 1930 in Weiskirchen seinen 45. Verbandstag abhalten.

Deutscher Evangelischer Gemeindefest. In der zweiten Woche nach dem Osterfest, am Sonntag, den 27. April, beginnend, wird der Deutsche Evangelische Gemeindefest in **Forzheim** abgehalten werden. Die auf drei Tage sich erstreckende Veranstaltung wird von Generalsuperintendent D. Schlan, Prieslau, geleitet werden.

Zum **Delegiertentag des Badischen Sängerbundes**, der in Heidelberg-Kirchheim stattfand, hatten sich Vertreter aus der Gargegend, Rheintal, Pfalz, Hessen, Schwaben und Baden eingefunden. Besonders großes Interesse nahm der Delegiertentag an dem 50jährigen Jubiläum des Männergesangvereins Heidelberg-Kirchheim, das Pfingsten 1930 in Heidelberg stattfinden soll. Gegen 3000 Sänger werden sich am Gesangswettbewerb und Vertikungsingen beteiligen.

Der **Landesverein Badische Heimat** hält seine diesjährige Landeshauptversammlung im **Hegau**, in Singen/Engen ab, und zwar in der Zeit vom 31. Mai bis 2. Juni. Die Vorbereitungen sind bereits im Gang.

Aus der Landeshauptstadt

„Mit der Kackete zum Mond.“ Zugunsten der Armen und Notleidenden, zum Besten der allgemeinen Wohlfahrt also, veranstaltet unter diesem originellen Motto der **Ordnungs- und Frauenvereine** vom 4. bis 6. Februar in der städtischen Festhalle einen großen **Wohltätigkeitsbazar**. Sieht er seine karitativen Bemühungen auch an den beiden nächsten Tagen durch ein so vollbesetztes Haus belohnt wie gleich bei der Eröffnungsfest, die am Dienstagmittag stattfand, dann wird um des guten Zweckes willen der finanzielle Erfolg zweifellos nicht ausbleiben. Zudem verpricht das für die dreitägige Monatsfahrt herausgegebene Reisehandbuch neben unterhaltenden und längerer Darbietungen soziale künstlerisch wertvolle Vorträge, daß nach dieser Seite ein Besuch ebenso empfehlenswert erscheint wie allein schon eine Besichtigung der Mondbauschule, die nebst **Karl Kusche** und **Hildegard Schäfer** vor allem nach Entwürfen **August Wabersbergers** durch die Fachklasse der Landeshauptstadt sehr hübsch angefertigt wurde. Nach dem Aufmarsch der Festteilnehmer unter den stolzen Klängen der Polizeimusik begrüßte **Karl Müller** mit launigen Worten im Namen des Festkomitees die Besucher und eröffnete feierlich die Monatsfahrt für den Personenverkehr. Als dann sangen **Ada** und **Karlheinz Bögele** einige trefflich entsprechend geänderte Strophen des beliebtesten Guten-Mond-Liedes, und nachdem **Maria Genter** noch in ihrer bekannt humorvollen Art die Kackete getauft hatte, wurde diese zum erstenmal abgesehen und faufte mit lautem Getöse durch den Saal. Nach diesem offiziellen, von **Felix Baumbach** ge-

leiteten Aufzuge entwickelte sich rasch ein buntes Treiben im Mond (kleiner Festhallsaal), auf der Erde (großer Saal) und sogar unter der Erde (Biertunnel), wo überall eifrige Hände bereit waren, auch die leidlichen Wünsche der Mondreisenden (übrigens zu den üblichen irdischen Preisen!) zu erfüllen.

Goloseumtheater. **Rudolf Keraf**, der Verfasser der im letzten Sommer hier mit viel Beifall aufgenommenen Operette „**Mirnes in Redarmund**“, befreitet mit seinem jüngsten Werk, „**Das Mädel vom Broadway**“, diesmal das Programm. Es ist ungewiss, ob das Produkt eines blitzgewandten Autors, inhaltlich allerdings nur eine Bilderfärberei von Singpiel plus Revue. Zur Darstellung der banalen Handlung, in deren Mittelpunkt ein fecher netter Kerl von Hochstapler steht, der u. a. sogar eine Reklamefeste und diverse Brillanten stiehlt, diese später aber aus Liebe wieder distret zurückgibt, ist im Ensemble des neuen **Berliner Theaters** eine Truppe gewonnen, welche das amüsante Material aus wenig amerikanischen (wie man nach dem Titel vermutet), dafür aber um so internationaleren Motiven zu einer quatsch-lebendigen Einheit zusammenlebt. Feuilletonistischer Anstand gebietet, darunter die Damen **Gertha Casani** und **Wiel Widardi** zuerst zu nennen, obwohl in diesem Magazindrama die Herren **Abi Kral**, **Gamille Gammes** und **Hans Horfen** nicht minder erzellieren. Sehr gefällige Zutaten in einzelnen Nummern sind auch **Olga Kollinger**, eine komische Alte von höchster Glaubwürdigkeit, **Josef Weisse**, ein guter Stimmungsfänger, und **Ruth Wilan**, eine charmante Tänzerin, überdies nicht zu vergessen als potenzieller Schauspieler **Otto Schmitzer** sowie die sehr wandlungsfähigen **Pretty-Girls**. Ist der Enderfolg dieses heiteren Jagdspiels mächtig und wachst, so darf auch nicht die flotte Orchesterdirektion unerwähnt bleiben, die **Hans Richard Stein** verbirgt. Für ein mondänes Publikum dürften weiterhin einzelne Dekorationsen keine ganz kleine Sensation sein.

Badisches Landesbühnen. In der hiesigen Aufführung von Offenbachs „**Die Reigenen**“ am Sonntag, dem 9. Februar, findet erstmals ein neuer Text Verwendung, der wie die musikalische Neuverfassung von **Dr. Erich Roether**, München, und **Oscar Fritz Schuch**, Gera, verfaßt ist. Die Musik zu diesem Werk gilt als eine der besten Kompositionen des heiteren Genres, die dem Genre Offenbachs entstammen.

Das **Kunsthaus E. Büchel**, Joh. B. Büchel, Kaiserstraße 15a (Gartenplatz), zeigt in seiner Februausstellung eine hochinteressante Sammlung moderner farbiger Holz- und Knochenarbeiten. Diese Kunst hat sich in den letzten Jahrzehnten in Deutschland zu höchster Vollkommenheit entwickelt. Die beiden Künstler sind vertreten und man ist überrascht von der Schönheit und Vielseitigkeit. Diese Originalkunst von höchster Farbenfreudigkeit ist besonders als wertvoller Wandbesatz geeignet, zumal die Preise als niedrig bezeichnet werden können. Eine Besichtigung der über 100 Arbeiten umfassenden Ausstellung ist jedem Kunstinteressierten bestens zu empfehlen, zumal der Eintritt frei ist.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Über Nordwesteuropa ist auf der Rückseite des westeuropäischen Tiefdruckgebietes ein Polarwindbruch im Gange, der von Spitzbergen ausgehend bereits über Island nach Sueden vorgezogen ist, und das Teil von Südenland nach der Biskaya gedrängt hat. Von Ostgrönland erstreckt sich daher heute ein Rücken hohen Druckes über den Nordatlantik bis zu den Azoren. In unserem Gebiete ist nach den getriggen, im Norden stellenweise von Gewittern begleiteten Niedererschlagsdauer (Schwarzwald neuerdings Schneefälle oberhalb 800 m) heute nach mit Abflauen und Rückdrehen der Winde nach Südost vorübergehend leichte Aufheiterung eingetreten, da sich über den Alpen ein Teilhoch entwickelt hat. Die nächsten Tage werden voraussichtlich zu winterlichem Frostwetter auch in der Ebene überleiten. **Wetterausblick**: Wolkig mit Aufheiterung, bei östlichen Winden, noch einzelne Niedererschläge, in Aufklärungsgebieten Nachtfrost, Übergang zu kälterem Wetter.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	5. Februar		4. Februar	
	Geld	Breit	Geld	Breit
Amsterdam 100 G.	167.94	168.28	167.90	168.24
Kopenhagen 100 Kr.	111.87	112.09	111.85	112.07
Italien . . . 100 L.	21.905	21.945	21.90	21.94
London . . . 1 Pfd.	20.344	20.384	20.342	20.382
New York . . . 1 D.	4.1835	4.1915	4.1840	4.1920
Paris . . . 100 Fr.	16.46	16.44	16.41	16.45
Schweiz . . . 100 Fr.	80.77	80.93	80.735	80.895
Wien 100 Schilling	58.885	59.005	58.87	58.99
Brag . . . 100 Kr.	12.377	12.397	12.377	12.397

Senkung des Reichsbankdiskonts

In der Zentralauschussung der Reichsbank am Dienstag wurde eine Herabsetzung des Reichsbankdiskonts um 0,5 auf 6 Prozent beschloßen.

Reichsbankpräsident **Dr. Schacht** führte dazu u. a. aus: Die sinkende Tendenz des Zinsniveaus in den maßgebenden anderen Ländern besteht weiter, so daß auch eine Fortsetzung des vor drei Wochen betretenen Weges durch erneute Senkung des Reichsbankdiskonts um 1/2 Proz. gegenüber den wichtigeren Auslandsmärkten immer noch eine Zinsparität bestehen läßt, von der angenommen werden kann, daß sie ausreicht, um Abflüsse von Auslandsgeldern aus zinspolitischen Gründen zu verhindern. Das Reichsbankdirektorium glaubt unter diesen Umständen schon jetzt den Versuch einer abermaligen Prozentigen Diskonterhöhung im Interesse der schwer unter der Depression leidenden deutschen Wirtschaft unternehmen zu sollen, wenn auch die für die weitere Entwicklung des deutschen Geldmarktes maßgebenden Faktoren noch nicht mit Sicherheit zu übersehen sind. Bei der herrschenden Konjunkturlage braucht allerdings für die nächste Zeit mit einem größeren Geldbedarf der Wirtschaft nicht gerechnet zu werden. Von der öffentlichen Hand darf erwartet werden, daß sie die Sanierung ihrer finanziellen Situation mit allem Ernst betreibt.

Reichsbankdiskontsenkung und Sparlassen. Auf Empfehlung des Deutschen Sparlassen- und Giroverbandes wird die erneute Herabsetzung des Reichsbankdiskonts um 1/2 Prozent bei den Sparlassen eine **Ermäßigung des Spareinlagezinsfußes** um 1/2 Prozent zur Folge haben. Hieraus ergibt sich die Möglichkeit einer entsprechenden Senkung der Zinssätze für Hypothekendarlehen und Kommunalanleihen. Im kurzfristigen Geld- und Kreditverkehr ermöglichen sich, wie auch sonst bei einer Diskonterhöhung die Bedingungen automatisch.

Zinsermäßigung bei der Stempelvereinigung. Die Vereinigung von Berliner Banken und Bankiers hat aus Anlaß der Ermäßigung des Reichsbankdiskonts um 0,5 auf 6 Prozent beschloßen, die Zinssätze mit Wirkung vom 5. Februar 1930 wie folgt herabzusetzen: 1. Sollzinsen von 7 1/2 auf 7 Prozent, 2. Habenzinsen für täglich fällige Guthaben in provisionsfreier Rechnung von 3 1/2 auf 3 Prozent, in provisionspflichtiger Rechnung von 4 auf 3 1/2 Prozent, auf Sparkonten von 6 Prozent auf 5 Prozent pro Jahr.

Weitere Betriebsbeschränkungen bei Daimler-Benz. Die Nationalisierungsmaßnahmen bei Daimler-Benz haben seit Herbst vorigen Jahres zum Abbau von rund 500 Arbeitern geführt. Nun hat, der „N. Bad. Landesztg.“ zufolge, der Landeskommissar in Mannheim in der vorigen Woche wieder ein Gesuch auf Stilllegung einer Abteilung genehmigt, wodurch 100 Arbeiter betroffen werden. In diesen Tagen ist ein weiteres Gesuch um Stilllegungsgenehmigung der Schmiede eingereicht worden, was den Abbau von weiteren 100 Arbeitern zur Folge haben dürfte. Die Belegschaft des Unternehmens, die noch vor vier Jahren über 4000 betrug, ist durch diese Abbaumaßnahmen auf 2500 zurückgegangen.

Kehler Hafenerkehr im Januar. Im Monat Januar sind im Kehler Hafen nach einer Zusammenstellung der „Kehler Zeitung“ 197 Schiffe mit 98 486 Tonnen Ladung eingelaufen. Die höchste an einem Tag eingelaufene Schiffszahl betrug 15 am 22. Januar. Abgegangen sind in der gleichen Zeit 73 Schiffe mit 19 196 Tonnen.

Die Raab-Raketenflugzeugwerke in Kassel haben infolge der bekannten Schwierigkeiten innerhalb der deutschen Luftfahrtindustrie ihre Zahlungen eingestellt und beim Amtsgericht vorläufig Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses mit einer eventuellen Quote von 50 Proz. beantragt. In dem Antrag ist jedoch zum Ausdruck gebracht, daß die Firma an ihre Gläubiger mit dem Ersuchen herantreten ist, ihr ein angemessenes Moratorium zu gewähren, in dessen Verlauf die Gesellschaft, deren Bilanz einen aktiven Abschluß zeigt, ihre Gläubiger mit 100 Proz. befriedigen will.

Kurze Nachrichten aus Baden

Veranstaltungspredigt durch Nationalsozialisten
D. Heidelberg, 5. Febr. Dr. Mierendorf, der Pressereferent der hessischen Regierung, wollte gestern Abend in Heidelberg in einer von der sozialistischen Studentengruppe veranstalteten öffentlichen Versammlung über das Thema „Nationalsozialismus oder Sozialismus“ sprechen. Der nationalsozialistische Deutsche Studentenbund ließ am Vormittag ein Flugblatt verteilen, in dem er die Heidelberger Bevölkerung dazu aufforderte, in Massen in die Versammlung zu kommen. Der Versammlungssaal war bei Beginn der Versammlung durch eine große Zahl organisierter Nationalsozialisten besetzt, unter denen sich eine Reihe von Heidelberger Korporationen befand. Als der Redner zu sprechen begann, ertönte im Saal ohrenbetäubender Lärm, und es war dem Redner nicht möglich, dem Redner Ruhe zu verschaffen. Die Nationalsozialisten griffen die sozialistischen Teilnehmer der Versammlung mit Stuhlbeinen und Stuhlbeinen tätlich an und sprengten die Versammlung. Das zu spät erschienene Überfallkommando der Polizei konnte nichts anderes tun, als die Versammlung zu schließen und den Saal zu räumen. Außer einigen Leichtverletzten sind Schwerverletzte nicht zu beklagen.

D. Mannheim, 5. Febr. Der Gasmachtrummel wird seinen Höhepunkt in den ersten Märztagen finden. Am 1. März veranstaltet die „Fröhliche Pfalz“ nach Abholung der Rekruten der närrischen Armee (Ranzengarde) einen Kadelzug mit Musik. Am 2. folgt ein großes Lagerfest der Ranzengarde am Zeughausplatz, das am 3. eine Wiederholung findet. Der Kadelzug findet am 4. März mit einem närrischen Korso durch die Straßen der Stadt mit Lagerfest statt.

Hd. Heidelberg, 4. Febr. Prof. Schmeiß 70. Geburtstag brachte dem Gelehrten eine Fülle von Glückwünschen und Anerkennungen. Offizielle Glückwünsche liefen u. a. ein vom badischen Kultusminister Dr. Kemmele und vom neuen preussischen Kultusminister Dr. Grimme. Von den Glückwünschen der Vereine und Körperschaften seien besonders die der Zentralstelle für naturwissenschaftlichen Unterricht in Berlin und der Deutschen Zoologischen Gesellschaft genannt.

D. Wallbörn, 5. Febr. Die Holzwerke Drosch haben ihren Betrieb geschlossen und die gesamte Arbeiterschaft entlassen.

Hd. Wiesloch, 4. Febr. Der Verkehrsverein ist zur Zeit mit den Vorbereitungen zum Sommertagszug beschäftigt, der am Räte (30. März) stattfindet. In dem Bestreben, den Sommertagszug zu einem heimatgeschichtlich wertvollen Fest für Wiesloch und Umgebung werden zu lassen, hat er sich an die Vereine gewandt, um auf diesem Wege einen weiteren Ausbau der Veranstaltung zu erreichen.

D. Konstanz, 4. Febr. Am Sonntag fand die goldene Jubiläumssfeier der Konstanzer Elefanten AG. unter großer Beteiligung statt. Unter den Klängen des Elefanten-Eingungsmarsches erschien der hohe Herrrat im Saale und der Präsident der Elefanten AG., Toni Greif, hielt die Festansprache. Als erster Gratulant überbrachte Oberbürgermeister Dr. Würde die Glückwünsche der Stadtverwaltung. Die Stadt Meersburg ließ durch ihren Bürgermeister, Dr. Moll, der Jubiläar alles gute wünschen.

Geschäftliches

Weißer Woche — Weiße Woche

Es sind dieselben Worte, die sich ab heute in allen Plätzen, Straßen und Geschäften den Käufern und Beschauern aufdrängen. Besonders ist es das Warenhaus Knopf, welches jedes Jahr von neuem mit stilvollen und geschmackvollen Dekorationen überfällt, aber nicht um der Dekoration willen, sondern um der Ware willen. Das „Weiß“ der Ware braucht einen Kontrast um zur Geltung zu kommen. Knopf hat recht gewählt, ein feuriges Rot, welches durch Silber gedämpft eine festlich-trohe Atmosphäre schafft. Die Zartheit der Gewebe verkörpert die Christanthemen, die an Silberstreifen im Licht, in sämtlichen Abteilungen und Schaufenstern wiederkehren, wie auch die 28 einheitlichen Schaufenster, in unachahmlicher Überfülle Angebote und Preise zeigen. Das Blumenmotiv wirkt überaus schmeichelnd. Knopfs Lichtspiel ist taghell beleuchtet von einer ungeheuren Anzahl elektrischer Glühbirnen. Die Embleme der Weißen Woche, die beiden „W“ treten im dreieckigen Felde an jeder Galerie wieder. Alles hört auf die Parole „rot-weiß“.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung Beiträge für die land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherung.

Im Jahre 1929 betrug der Aufwand der Badischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft nach dem vorläufigen Rechnungsabschluss:

1. Unfallentschädigungen	4 436 019 RM
2. Kosten der Unfalluntersuchungen, Feststellung der Entschädigungen	241 535 RM
3. Kosten des Rechtsganges	27 095 RM
4. Unfallverhütungskosten	8 550 RM
5. Persönliche und sachliche Verwaltungskosten	267 081 RM
6. Beiträge für Einzug der Beiträge durch die Finanzämter	220 000 RM
7. Einlage in die gesetzliche Rücklage	10 000 RM
8. Ausfälle — uneinziehbare Beiträge	90 000 RM
9. Aufwendungen für Unfallrenten zum Erwerb von Grundbesitz oder zur wirtschaftlichen Stärkung von Grundbesitz (Zweite Verordnung vom 10. Februar 1928, RGBl. I S. 22)	50 000 RM

Außer diesen Aufwendungen im Gesamtbetrag von 5 850 280 RM müssen den durch Umlage aufzubringenden Beträgen zugezählt werden:

10. zur Ver Stärkung des Betriebsfonds, und zwar: a) zur Ansammlung eines Fonds zur teilweise Verteilung der an die Zentralpostbehörden abzuführenden Postzuschüsse — — Postbetriebsfonds —	420 000 RM
b) zum Betriebsfonds für laufende Verwaltung	75 000 RM
	495 000 RM

In diesem Aufwand von 5 845 280 RM sind gedeckt durch Einnahmen: Zinsen aus Beständen des Betriebsfonds, Strafgebühren, Einnahmen aus Entschädigungsansprüchen und sonstige Einnahmen 20 000 RM

Es sind daher für das Jahr 1929 insgesamt 5 825 280 RM von den Genossenschaftsmitgliedern durch Umlage zu erheben. Die Gesamtzahl der für das Gebiet der Genossenschaft abgesetzten Arbeitstage beziffert sich bei 272 000 umlagepflichtigen Betrieben auf 60 500 000 und die Gesamtsumme der hieraus berechneten Arbeitswerte auf rund 156 Millionen Reichsmark.

Demgemäß ist vom Vorstand der Berufsgenossenschaft der zur Aufbringung der umzuliegenden Summe zu entrichtende Beitrag auf 3,75 RM

— Drei Reichsmark 75 Pf. —
von je 100 RM Arbeitswert festgesetzt worden.
Gemäß § 57 der Verordnung vom 31. Dezember 1912 (RGBl. S. 479) wird dies zur öffentlichen Kenntnis gebracht.
Karlsruhe, den 4. Februar 1930.
Bad. Landesversicherungsamt.
Dr. Klob.

Nach den Meldungen der Bezirkstierärzte waren am 31. Januar 1930 im Lande Baden verzeichnet mit:

Maul- und Klauenende:	
Amtsbezirk:	Gemeinden:
Überlingen	Zittdorf, Mühlhofen, Oberuldingen
Schweineende und Schweinepest:	
Gemeinden:	
Amtsbezirk:	Bauerbach, Diebelsheim, Kürnbach,
Bretten	Forst, Heidelheim, Obergrombach, Stettfeld, Unterwiesheim, Weiber, Wiesental
Bruchsal	Stellingen
Donauessingen:	Heidelberg, Heidelberg-Handschußheim
Heidelberg	Walburg
Lahr	Mannheim-Heudenheim, Mannheim-Ballstadt, Ebingen, Friedrichsfeld, Radenburg, Redarhaujen, Oftersheim, Pfankstadt, Seddenheim, Schriesheim
Mannheim	Leibertingen
Offenburg	Oberarmersbach
Sinsheim	Eppingen
Stodach	Stodach
Wettheim	Wettheim, Sachsenhausen

Mäude der Einbufer:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Bruchsal	Oberhausen
Karlsruhe	Staffort
Kehl	Kehl
Sinsheim	Weiler

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten
Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Entlassen:
Verwaltungsobersekretär Karl Geier, zuletzt beim Bezirksamt Mannheim, auf Ansuchen.

Ministerium der Finanzen
Wasser- und Straßenbaudirektion
Ernannt:
Zu Vermessungssekretären die Vermessungsgehilfen Eduard Regenfeldt beim Vermessungsamt Überlingen und Barthos Iomäus Meiß beim Vermessungsamt Mastatt.

Planmäßig angestellt:
Flußwärtter Martin Schneider in Neuburgweier, die Straßenwärtter Michael Seidt III in Bodersweier und Jakob Hilfert VII in Sulzbach.
Verstet:
Die Straßenoberbaumeister Anton Bifel in Mühlheim nach Emmendingen, Karl Gros in Stodach nach Mühlheim, die Straßenbaumeister Alois Dufner in Offenburg nach Meßkirch und Julius Anabel in Karlsruhe nach Stodach.

In den Ruhestand versetzt kraft Gesetzes nach Erreichung des Altersgrenze:
Regierungsbaurat Josef Schwehr in Überlingen; Straßenwärtter Martin Hlshlager in Hohenbachfen.

Fortstabelleitung
Planmäßig angestellt:
Fortstafist Kantor Hengst beim Forstamt Weinheim.

Gestorben:
Oberstraßenmeister a. D. Wilhelm Jakob in Karlsruhe; Straßenwärtter a. D. Karl Hillinger in Buchholz.

Februar 30
Farbige
ORIGINAL-HOLZSCHNITTE
erster Künstler
E. BÜCHLE Inh. W. Bertsch
R. 154 Kaiserstraße 132 (Gartensaal)
Besichtigung frei

Bei der Bezirksparlase Adelsheim ist bis spätestens 1. April 1930 die Stelle des

Gegenbuchführers
zu besetzen. Einstellung erfolgt zunächst probeweise. Einreichung in staatliche Besoldungsordnung bei endgültiger Übertragung der Stelle. In Betracht kommen nur Bewerber, welche auf allen Gebieten des modernen Sparfassenwesens eine mehrjährige praktische Erfahrung nachweisen können und geeignet sind, den Sparfassenleiter zu vertreten.

Bewerbungen sind bis längstens 15. Februar 1930 unter Anschluß eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes und lückenloser Originalzeugnisse (oder beglaubigter Zeugnisabschriften) bei dem Unterzeichneten einzureichen.
Adelsheim, den 4. Februar 1930.
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
Hermann, Bürgermeister.

Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen
einzelne Möbelstücke

Möbel
in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus

Maier Weinheimer
Karlsruhe Zahlungsverleicherung. Kronenstr. 32
Kein Laden, daher billigste Preise 940

Zwangsversteigerung.

Im Zwangswege versteigert das Notariat am Mittwoch, den 9. April 1930, vormittags 9 Uhr, in seinen Diensträumen, Kaiserstraße 184, 2. Stock, Zimmer 10, das Grundstück des Vereins Martinuswerk, Verein zur gegenseitigen Hilfe, e. V., vertreten durch die I. Vorstände, Schmeißer Agnes Jaedel in Karlsruhe, auf Gemarkung Karlsruhe. D. 120

Die Versteigerung wurde am 31. Dezember 1929 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisungen über das Grundstück samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 31. Dezember 1929 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung vor der Aufforderung zum Bieten anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen; sonst werden sie im geringsten Gebot nicht und bei der Erlösverteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren aufheben oder einstellen lassen; sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlöse an die

Stelle des versteigerten Gegenstands.
Grundstücksbeschreibung:
Grundbuch von Karlsruhe Bd. 127 Heft 13 Lfg. Nr. 2649; 2 a 09 am, Angartenstr. 62.
Hofreite: Hierauf steht:
a) 1 dreiflügeliges Wohnhaus mit gewölbtem Keller; freistehend ist ein einflügeliger Schopf;
b) ein einflügeliger Anbau.

Schätzung mit Zubehör: 24 045 RM, ohne Zubehör: 24 000 RM.
Karlsruhe, 31. 1. 1930.
Bad. Notariat IV.
— Vollstreckungsgericht —

D. 117. Karlsruhe. Über das Vermögen der Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe wurde heute, am 31. Jan. 1930, nachm. 4 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Zur Vertrauensperson wurde Rechtsanwalt Dr. Max Homburger in Karlsruhe, Kaiserstr. 88, bestellt. Der Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe wurde allgemein verboten, über Vermögensgegenstände ohne Zustimmung der Vertrauensperson zu verfügen. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wurde bestimmt auf: Mittwoch, den 5. März 1930, nachm. 3 Uhr, vor

dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 4, 2. Stock, Zimmer Nr. 131. Der Vergleichsvorschlag u. dessen Unterlagen liegen zur Einsicht der Beteiligten auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 4 auf. Karlsruhe, 31. 1. 1930.
Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 4.

Freihändiger
Stammholzverkauf
des Badischen Forstamts Reuzingen (Fernruf 244) aus dem Nordweiser Staatswald (Forstwart Schmidt in Bombach).
Endtermin: Freitag, den 14. Februar 1930, 22 im Eichen, I.—IV. Kl., 7 im Buchen, III. u. IV. Kl., 30 im Forlen, I.—IV. Kl., 9 im Forlenschwellen, I. u. II. Kl., 2 im Lärchen und Nadelholz, IV. bis VI. Kl. Maßstäben durch das Forstamt. D. 118

Gengenbach, D. 119
Güterrechtsregister Bd. I Seite 426: Lehmann, Karl, Seiler in Oberarmersbach, u. Josefina geborene Wiffler. Durch Vertrag v. 22. Januar 1930 ist vollständige Gütertrennung nach §§ 1426 ff. BGB. vereinbart.
Gengenbach, 31. 1. 1930.
Amtsgericht.

COLOSSEUM
Täglich 8 Uhr
Sonntags 3¹/₂ und 8 Uhr

Das Mädel vom Broadway

PORPHYRWERK DOSENHEIM

HANS VATTER DOSENHEIM A. BROSCH
LIEFERT AUS SCHLOSS- u. HECKENMARKBRUCH ERSTKLASSIGES

STRASSENBAU-MATERIAL

Inserieren bringt Gewinn!

Badisches Landestheater
Donnerstag, 6. Febr. 1930
* D 16 (Donnerstagmiete)
Th.-Gem. 701—800

Rigoletto
Von Verdi

Dirigent: Schwarz
Regie: Ammermann
Mitwirkende:
Effelsooth-v. Ernst, Fischbach, Grünwald, Seifert, Winter, Borodin, Frey, Gröhinger, Kaufböcker, Löfer, Meitwig, Näge, Schoepflin.

Anfang 19¹/₂ Ende geg. 29
Preise C (1—7 RM)

Freitag, 7. Februar:
Das Glöckchen des Eremiten. Sa. 8. Febr.: Neu einstudiert: **Das Räthchen von Heilbronn.**

Sa. 9. Febr.: Nachmittags: **Hänsel und Gretel.** Hierauf: **Tanzsuite.** Abends: Zum erstenmal: **Die Briganten.** Im Kongerthaus: . . . **Vater sein dagegen sehr.** No., 10. Febr.: **6. Sinfonietongert.**